

Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände (RDP)

Ring deutscher Pfadfinderverbände (RdP)

## Jugendpolitisches Konzept



Stand 18.09.2018

# Einleitung

Die Ringe deutscher Pfadfinderinnen- und Pfadfinderverbände RDP und RdP agieren in jugendpolitischen und jugendförderpolitischen Fragen auf Bundesebene gemeinsam.

Diese gemeinsame Arbeit bedarf einer Orientierung gebenden Grundlage. Als Grundlage dient dieses gemeinsame Jugendpolitische Konzept.

Zweck dieses Konzeptes ist es:

- den jugendpolitischen Anspruch von Pfadfinder\*innen in Deutschland herzuleiten und zu begründen und somit als Argumentationshilfe für ein entsprechendes Engagement in die Verbände hinein zu dienen;
- die gemeinsame Absprache des jugendpolitischen Vorgehens der Mitgliedsverbände darzustellen;
- Arbeitsgrundlage und Orientierung für die jugendpolitisch Verantwortlichen der Ringe zu sein.

Es ist Grundlage für die Koordinierung der jugendpolitischen Aktivitäten von Pfadfindern bundesweit und Argumentations- und Arbeitshilfe für alle jugendpolitisch aktiven Pfadfinder\*innen in den Ringeverbänden.

# Inhaltsverzeichnis

## Inhalt

<b>1. PÄDAGOGISCHE HERLEITUNG UND GRUNDLAGEN FÜR DAS JUGENDPOLITISCHE ENGAGEMENT VON PFADFINDEN</b> .....	<b>4</b>
1.1 DIE KATEGORIEN BILDUNG, ERZIEHUNG UND SELBSTERZIEHUNG IM ZUSAMMENSPIEL MIT DEN PFADFINDERISCHEN PRINZIPIEN .....	4
1.2 POLITISCHE HANDLUNGSANSÄTZE UND PFADFINDERISCHE PRINZIPIEN .....	6
<b>2. PFADFINDEN IN DER GESELLSCHAFT</b> .....	<b>7</b>
2.1 ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT .....	7
2.2 SUBSIDIARITÄTSPRINZIP .....	8
2.3 HERAUSFORDERUNGEN IN DER GESELLSCHAFT .....	8
2.3.1 <i>Frieden</i> .....	8
2.3.2 <i>Antirassismuserbeit</i> .....	9
2.3.3 <i>Migration</i> .....	10
2.3.4 <i>Menschen mit Behinderung</i> .....	11
2.3.5 <i>Geschlechtergerechtigkeit</i> .....	12
2.3.6 <i>Demographischer Wandel – Kindermitbestimmung &amp; Jugendpartizipation</i> .....	13
2.3.7 <i>Nachhaltigkeit in den Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales</i> .....	15
2.3.8 <i>Formale Bildung</i> .....	16
2.3.10 <i>Digitalisierung</i> .....	20
<b>3. KONSEQUENZEN</b> .....	<b>21</b>
<b>4. UMSETZUNG</b> .....	<b>22</b>
4.1 INNERHALB DER VERBÄNDE .....	22
4.2 INNERHALB VON RDP UND RDP .....	22
4.3 INNERHALB DES DBJR .....	22
4.4 DURCH KOOPERATIONEN.....	24
4.5 IN POLITIK UND ÖFFENTLICHKEIT .....	24

# 1. Pädagogische Herleitung und Grundlagen für das jugendpolitische Engagement von Pfadfinden

Die weltweite Pfadfinder\*innenbewegung hat zum Ziel, eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen zu ermöglichen und zu fördern. Sie versteht sich daher als Erziehungsbewegung, welche explizit die Selbsterziehung junger Menschen in den Mittelpunkt stellt. Angesichts der sich verändernden Herausforderungen der Persönlichkeitsentwicklung im Verlauf der Kinder- und Jugendphase beschreibt die Bewegung ihr pädagogisches Ziel als „System fortschreitender Selbsterziehung“.

Der Weltverband der Pfadfinderinnen WAGGGS und die Weltorganisation der Pfadfinder WOSM stehen für diese Bewegung und diesen erzieherischen Anspruch. RDP und RdP sind die in den Weltverbänden WAGGGS und WOSM vertretenen deutschen Pfadfinder\*innenverbände (im Weiteren „Ringverbände“), und leiten ihren jugendpolitischen Anspruch von dem pädagogischen Auftrag der Weltverbände her. Eine pädagogische Vergewisserung und Herleitung zu Beginn dieses Konzeptes nimmt deshalb einen wichtigen Stellenwert ein.

## 1.1 Die Kategorien Bildung, Erziehung und Selbsterziehung im Zusammenspiel mit den pfadfinderischen Prinzipien

Im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit der Ringverbände in Deutschland stehen die Begriffe Bildung, Erziehung und Selbsterziehung als jeweils eigenständige Kategorien.

### Begriffsklärung

Der englische Begriff education (educere, lat.: herausführen), der von WAGGGS und WOSM zur Beschreibung des Anliegens der Pfadfinder\*innenbewegung verwendet wird, kann im Deutschen sowohl mit Erziehung als auch mit Bildung übersetzt werden. Die Differenzierung dieser beiden Begriffe ist eine Besonderheit des deutschen Sprachraums und so im Englischen nicht zu finden. Das Spannungsfeld, das durch die unterschiedlichen Bedeutungen der Begriffe, insbesondere im erziehungswissenschaftlichen Diskurs, entsteht, beschreibt sehr gut die Spannbreite, innerhalb der sich die Arbeit der Pfadfinder\*innen in Deutschland entfaltet.

### Erziehung

Erziehung meint als Kategorie die bewusste und zielbestimmte pädagogische Handlung eines Dritten auf ein Individuum hin. Es sollen bestimmte Verhaltensweisen, Werte und Normen etabliert werden. Innerhalb der Arbeit der Pfadfinder\*innen bildet der Begriff Erziehung jene Maßnahmen und Prozesse ab, bei denen die (erwachsenen) Leiter\*innen pädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche in Gruppenstunden, auf Fahrten und Lagern machen.

In ihrem Erziehungshandeln berufen sich Leiter\*innen auf die pädagogischen Prinzipien der Pfadfinder\*innenbewegung:

- Altersgerechte Programme (Arbeit in Altersstufen)
- Subjektorientierung (Look at the child)
- Erfahrungslernen (Learning by doing)

## Bildung

Die Kategorie Bildung beschreibt gegenüber dem Erziehungsbegriff das, was das Individuum aus der Erziehung macht sowie alle Prozesse, die vom Individuum selbst ausgehen. Um diese zu befördern, hat die Pfadfinder\*innenbewegung Prinzipien und Methoden etabliert, die vor allem in den Bereichen informeller und non-formaler Bildung anzusiedeln sind. Sie sollen den jungen Menschen helfen, mit Eindrücken umzugehen, diese zu bewerten, Zusammenhänge herzustellen und daraus selbstständig Handlungsoptionen abzuleiten – kurz: Um aus Erlebnissen wirksame Erfahrungen werden zu lassen.

Zu diesen Prinzipien und Methoden gehören:

- Gemeinsame Werteorientierung (Gesetz/Regeln und Versprechen)
- Delegation und Partizipation (Wechsel von Groß- und Kleingruppe)
- Zunehmende Eigenverantwortung (Paddle your own canoe)
- Reflexion

Der Bildungsaspekt des Pfadfindens lässt sich in unseren Verbänden überall dort wiederfinden, wo Kinder und Jugendliche Verantwortung für sich und Gleichaltrige übernehmen.

## Selbsterziehung

Der Begriff der Selbsterziehung schlägt die Brücke zwischen den beiden vorigen Kategorien Erziehung und Bildung und rundet sie zu einer ganzheitlichen Pädagogik ab. Kinder, Jugendliche und (junge) Erwachsene sollen auf verschiedenen Wegen dazu befähigt werden, selbst für ihre Erziehung und Bildung Sorge zu tragen. Das heißt für uns: Pfadfinder\*innen setzen sich selbstständig mit ihrer Umwelt auseinander, suchen sich immer wieder neue Herausforderungen und übernehmen Verantwortung für sich selbst und andere. Selbsterziehung meint auch, dass Kinder und Jugendliche aus eigener Einsicht und aus eigenem Entschluss die Erziehungs- und Bildungsziele übernehmen, bejahen und sich selbst setzen sowie nach Kräften und Möglichkeiten an ihrer Realisierung arbeiten.

Als Pfadfinder\*innen stellen wir die fortschreitende Selbsterziehung in den Mittelpunkt unserer Arbeit. Damit ist gemeint, dass die Persönlichkeitsentwicklung als stetes Ziel und damit auch Perspektive aller Arbeit der Pfadfinder\*innen zu sehen ist. Auf dem Weg zu diesem Ziel bilden die Kategorien Erziehung und Bildung je unterschiedliche Schwerpunkte, abhängig von der persönlichen Entwicklung und Situation. In der Perspektive der fortschreitenden Selbsterziehung wird die Verantwortung für die Persönlichkeitsentwicklung zunehmend auf das Individuum selbst übertragen.

Dadurch können Pfadfinder\*innen ihr volles physisches, intellektuelles, soziales und spirituelles Potenzial entfalten, um verantwortungsvolle Weltbürger\*innen zu werden.

## 1.2 politische Handlungsansätze und pfadfinderische Prinzipien

Aus diesen drei pädagogischen Kategorien der Pfadfinder\*innenbewegung Erziehung, Bildung und Selbsterziehung ergeben sich unterschiedliche, sich ergänzende, politische Grundhaltungen: So wie Leiter\*innen erzieherisch auf Kinder und Jugendliche zu ihrem eigenen Wohl einwirken, nehmen die Ringeverbände ihre anwaltschaftliche Funktion in Staat und Gesellschaft durch demokratisch gewählte Vertreter\*innen wahr. Wir reflektieren gesellschaftliche Verhältnisse im Sinne der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und setzen uns auf allen politischen Ebenen für ihre Interessen ein.

Im Sinne einer politischen Bildung bieten wir in unseren Verbänden die Möglichkeit, Partizipation zu erleben und zu leben. Dies beginnt mit Sprecher\*innenfunktionen in der Klein- und Großgruppe und zieht sich als demokratisches Organisationsprinzip in verschiedenen Formen durch alle Ebenen unserer Verbände. So erleben junge Menschen ihren Beitrag zu einem gelingenden Zusammenleben unmittelbar.

Unser Ziel ist es, Kinder und Jugendliche zu befähigen, ihre eigene Meinung zu bilden und aktiv zu vertreten. Dies ist bereits im Aspekt der Selbsterziehung angelegt.

## 2. Pfadfinden in der Gesellschaft

### 2.1 Zivilgesellschaftliches Engagement

Die Erziehung und Bildung zu mündigen Bürger\*innen mit politischem Verantwortungsbewusstsein trägt in hohem Maße zur Verstetigung der Demokratie in Deutschland bei. Die Befähigung zu kritischer (Selbst-)Reflexion und zur Entwicklung sowohl einer individuellen als auch einer gemeinschaftlichen Werteorientierung werden zu Grundlagen des Gerechtigkeitsempfindens. Die Befähigung zum solidarischen Handeln und die Bereitschaft Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu übernehmen, tragen zur zukunftsorientierten Weiterentwicklung der Gesellschaft bei. Durch aktive Friedenserziehung und internationale Erfahrungen gelten diese Prinzipien auch für die europäische und die globale Gesellschaft.

Die Ringverbände sind Ergebnis der Selbstorganisation junger Menschen und basieren auf Freiwilligkeit und einem hohen Grad an ehrenamtlichem Engagement. Demokratische Strukturen auf allen Ebenen werden von den Mitgliedern eingeübt und gelebt. Die Partizipation der Kinder und Jugendlichen an den Entscheidungen ihrer eigenen Gruppen ist selbstverständlich. Jenseits der individuellen Befähigungen ihrer Mitglieder erlangt die Pfadfinder\*innenbewegung durch ihre Institutionalisierung einen hohen Stellenwert als Teil der Gesellschaft.

Die Selbstorganisation der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Ringverbänden ist Garant für die Überprüfung, Sicherung, Weiterentwicklung und die Kontinuität des eigenen Wirkens. Sowohl in der Qualität, indem sie z. B. den Mitgliedern umfassende Chancen zur Weiterbildung bietet und den Austausch von Erfahrungen auf unterschiedlichen Ebenen ermöglicht; als auch in der Quantität, indem sie bestimmte Formen von Begegnungen auf nationaler und internationaler Ebene oder bestimmte Formen personeller Unterstützung erst ermöglicht. Durch diese Institutionalisierung werden zudem die internationale Vernetzung der weltweiten Pfadfinder\*innenbewegung und Kooperationen in binationalen Partnerschaften erst ermöglicht.

Die Selbstverpflichtung der Pfadfinder\*innen gegenüber ihrer Gruppe erfährt ihre Widerspiegelung in der Verpflichtung der Gruppe gegenüber dem einzelnen Mitglied, für seine Interessen und Bedürfnisse einzutreten. Dieses Prinzip der gegenseitigen Verpflichtung gilt auch für das Mitglied in Bezug auf den jeweiligen Verband. Diese Verpflichtung des Verbandes bedeutet, die Möglichkeiten der individuellen Entwicklung, der Selbsterziehung und Selbstbildung der Mitglieder optimal zu gewährleisten und für entsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen einzutreten. Es bedeutet auch, dass das gesellschaftspolitische Engagement und Streben nach Gerechtigkeit und Frieden durch den jeweiligen Verband und die Ringe seine Bündelung und Vertretung nach außen, national wie international, erfährt.

## 2.2 Subsidiaritätsprinzip

Mitbestimmung und Mitverantwortung sind zentrale Organisationsprinzipien der Ringverbände. Ihnen entspricht gesellschaftlich der Grundsatz der Subsidiarität. Unsere Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollen angeregt werden, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Somit ermöglichen die Pfadfinder\*innen ihren Mitgliedern die Möglichkeit zu Selbstorganisation, freiwilligem Engagement und demokratischem Handeln.

Die Ringverbände sind wichtige zivilgesellschaftliche Akteure. Ihrer Arbeit kommt damit neben Familie, Schule und Berufsbildung eine eigenständige Bedeutung in Bildung und Erziehung zu. Das Engagement in den Ringverbänden bietet Möglichkeiten der aktiven und kreativen Gestaltung der Freizeit. Über bloßen Konsum hinaus können junge Menschen selbsttätig die Verwirklichung ihrer Bedürfnisse gestalten. Gegenüber konsumorientierten kommerziellen Freizeitangeboten folgt die Arbeit der Ringverbände den hergebrachten Grundsätzen der Jugendverbandsarbeit von Selbstorganisation und Freiwilligkeit (vgl. § 12 SGB VIII). Als Erziehungsbewegung kommt als besonderer Grundsatz die Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen im Sinne der oben beschriebenen zunehmenden Verantwortung hinzu.

## 2.3 Herausforderungen in der Gesellschaft

Die Ringverbände definieren aus der Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft Themen, welche die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit und ihr Streben nach Gerechtigkeit in besonderem Maße tangieren. Entsprechend unterliegen die folgenden Themenbereiche der stetigen Überprüfung und Veränderung.

### 2.3.1 Frieden

Der Einsatz von jungen Menschen für Frieden und Gerechtigkeit ist ein Grundelement der pfadfinderischen Pädagogik. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene lernen Konflikte gewaltfrei miteinander zu bearbeiten und sich für junge Menschen in Kriegs- und Krisengebieten einzusetzen. Dies tun sie in der Gruppenstunde, auf Zeltlagern und Fahrten, in der Aus- und Weiterbildung sowie bei der jährlichen Aktion Friedenslicht.

Pfadfinden ist eine Bildung- und Erziehungsbewegung mit dem Ziel, dass jungen Menschen ihr volles physisches, intellektuelles, soziales und spirituelles Potenzial entfalten können, um verantwortungsvolle Weltbürger\*innen zu werden.

In unseren Verbänden wollen wir Friedenskompetenz, Friedensfähigkeit und Friedenshandeln vermitteln.

Friedenskompetenz meint das Sachwissen um Gewalt, Konflikte und Krieg sowie deren Überwindung. Dies kann die Auseinandersetzung mit Themen wie Peer-Gewalt ebenso beinhalten wie Militär und Rüstung. Pfadfinder\*innen kennen gewaltfreie Handlungsoptionen und konstruktive Konfliktbearbeitungsmethoden.

Friedensfähigkeit beschreibt die sozialen Kompetenzen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Diese Entwicklung unterstützen die pfadfinderischen Methoden, indem sie die Entwicklung eines starken Ichs unterstützen und gleichzeitig Empathie, Toleranz, Kooperationsfähigkeiten sowie den Abbau von Vorurteilen fördern. Vor Ort und bei internationalen Lagern werden Räume zum interkulturellen und globalen Lernen eröffnet.



Geschlechtsspezifische und gendersensible Angebote spielen in der Friedenspädagogik eine wichtige Rolle, da Gewalt auf der einen und Gewaltlosigkeit auf der anderen Seite für Mädchen und junge Frauen, für Jungen und junge Männer, für junge Menschen aus der LGBTQ Community eine unterschiedliche Rolle spielen und oft ein unterschiedlicher Erfahrungshintergrund vorausgesetzt werden kann.

Im Friedenshandeln setzen Pfadfinder\*innen ihre Fähigkeiten praktisch um: Sie beteiligen sich an gesellschaftlichen und politischen Prozessen und Entscheidungen, die zur Durchsetzung der Menschenrechte und der Überwindung von Gewalt sowie der Förderung von Partizipation und Demokratie beitragen. Dies geschieht vor Ort mit jungen Menschen, aber auch mit Verantwortungsträger\*innen in Politik und Gesellschaft sowie darüber hinaus in einer weltweiten Advocacy-Arbeit für Kinder und Jugendliche in Kriegs- und Krisengebieten. Konkret erfahrbar wird das Friedenshandeln für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bei internationalen Begegnungen.

Eine gute staatliche und gesellschaftliche Friedenspolitik ist für uns die Anerkennung und Förderung von Friedenspädagogik.

Die zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung hat für Pfadfinder\*innen immer Vorrang vor jeder Anwendung von Gewalt. (Soziale) Gerechtigkeit ist für die Ringverbände national und international eine Grundlage für Frieden, darum setzen sie sich ein für faire internationale Beziehungen und Aufgabenverteilung in einer globalisierten Welt. Die Ringverbände setzen sich dafür ein, dass politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie strukturelle Voraussetzungen geschaffen werden, die zivile Konfliktbearbeitungen ermöglichen.

### 2.3.2 Antirassismusbearbeitung

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind weitverbreitete Probleme und in den letzten Jahren insbesondere in Deutschland immer mehr ins Zentrum politischer Debatten gerückt. Rassismus ist eine Form der sozialen Ausschließung, wodurch Menschen hierarchisiert, differenziert und entwertet werden. Es werden ihnen konstruierte, meist negative gruppenspezifische Merkmale und Eigenschaften zugeschrieben. Die äußerlichen und/oder kulturellen Differenzierungen werden mit positiven ("wir") oder negativen ("die Anderen") Merkmalen verknüpft. Rassismus beginnt bereits bei alltäglichen rassistischen Zuschreibungen und Vorurteilen, wie „Dusprichst aber gut Deutsch.“ oder „Wie lange lebst du schon hier?“. Auch diese alltäglich scheinenden Äußerungen verfestigen Vorurteile und Diskriminierung in der Gesellschaft.

Rassismus diskriminiert Menschen, indem ihnen der gleichberechtigte Zugang zu sozialen, politischen und ökonomischen Ressourcen abgesprochen wird. Ihre individuellen rassistischen Erfahrungen werden auf struktureller und institutioneller Ebene oft verfestigt oder bestärkt. Beispielsweise sind die Chancen auf einen qualifizierten Abschluss für junge Menschen mit Migrationshintergrund immer noch schlechter als für junge Menschen ohne Migrationshintergrund. Den Menschen wird demnach gesellschaftliche Teilhabe und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft verwehrt.

Rassismus findet nicht nur am rechten Rand sondern immer mehr auch in der Mitte der Gesellschaft statt. Die Idee einer offenen Gesellschaft und die Demokratie stehen damit auf dem Spiel. Es werden bestehende soziale Ungleichheiten in Deutschland argumentativ benutzt, um gegen Einwanderung und eine multikulturelle Gesellschaft Stimmung zu machen. Dabei hat Deutschland eine lange Geschichte als Migrationsgesellschaft. Viele Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund sind durch Arbeitsmigration oder durch Flucht aus ihrem Land nach Deutschland gekommen und Teil

der Gesellschaft geworden. Diese Vielfältigkeit und Offenheit spiegelt sich auch in den Strukturen, Verbänden und der Haltung des RDP und RdP wider.

Doch nicht nur in Deutschland sind rassistische Vorurteile und Meinungen mit einer demokratisch gewählten rechtspopulistischen Partei wieder Teil des politischen Alltages, auch in anderen europäischen Ländern wird der Zuwachs und die Verfestigung rechter und rechtspopulistischer Programme deutlich. Die Parteien reproduzieren rassistische Vorurteile und machen als „Andere“ definierte Menschen für gesellschaftliche Probleme verantwortlich. Steigende soziale Ungleichheit, Angst vor Arbeitslosigkeit und andere soziale und wirtschaftliche Probleme werden nicht reflektiert, sondern rassistisch begründet. Dem treten wir entschlossen entgegen.

Wir stehen für ein offenes Europa, dessen Grenzen für alle geöffnet sind. Durch gemeinsame Projekte mit unseren europäischen Partnerverbänden setzen wir uns für die demokratischen Werte und ein offenes Europa ein und tragen dies in unsere Verbände. Auch im internationalen Kontext hat Rassismus keinen Platz.

Die Aufgabe des RDP und RdP ist es daher immer wieder, Rassismus und menschenverachtende Ideologien zu thematisieren und gemeinsam dagegen Haltung zu zeigen. Dies wird vor allem durch eine diversitätsbewusste und rassismuskritische Bildungsarbeit deutlich. Dabei hinterfragen und reflektieren wir auch unsere Verbandsstrukturen und Rolle im politischen und gesellschaftlichen Alltag stetig. Es ist unerlässlich Kinder, Jugendlichen und junge Erwachsene für demokratisches Handeln zu sensibilisieren und sie im selbstkritischen Handeln zu stärken. Es müssen bestehende Strukturen gestärkt und weitere geschaffen werden, in denen Respekt und Wertschätzung keine Lippenbekenntnisse sind, sondern selbstverständlich. Gemeinsam wollen wir für Demokratie, Vielfalt, Menschenfreundlichkeit sowie die Würde und Gleichheit aller Menschen eintreten und uns gegen Rassismus und Diskriminierung stark machen.

Quellen:

- <http://www.bpb.de/dialog/194569/offensichtlich-und-zugedeckt-alltagsrassismus-in-deutschland> (am 11.05.2018)
- [https://www.dbjr.de/antrag/web/vv2017/Rassismus\\_entgegen\\_treten\\_Jugendverbaende\\_fuer\\_ein\\_solidaarisches\\_Mitei-29175/pdf](https://www.dbjr.de/antrag/web/vv2017/Rassismus_entgegen_treten_Jugendverbaende_fuer_ein_solidaarisches_Mitei-29175/pdf) (am 11.05.2018)
- [https://dpsg.de/fileadmin/daten/dokumente/bundesversammlungen/82bv/antraege/IA\\_01\\_Wir\\_sind\\_buht.pdf](https://dpsg.de/fileadmin/daten/dokumente/bundesversammlungen/82bv/antraege/IA_01_Wir_sind_buht.pdf) (am 11.05.2018)
- [https://www.ijab.de/uploads/tx\\_ttproducts/datasheet/ijab-innovationsforum-jg-rechtsex-rass-150305.pdf](https://www.ijab.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/ijab-innovationsforum-jg-rechtsex-rass-150305.pdf) (am 11.05.2018)

### 2.3.3 Migration

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und insbesondere der Kinder und Jugendlichen ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich auch die Ringeverbände stellen. Als Friedenspfadfinder\*innen stehen die Ringeverbände für ein friedliches Miteinander, Weltoffenheit, Toleranz und interkulturelle Verständigung. Alle Verbände stehen grundsätzlich allen Kindern und Jugendlichen jeder Religion und Kultur offen.

Als Schlüssel zur Integration betrachten sie Bildung im Allgemeinen und Sprache im Besonderen. Nur durch Bildung kann eine echte Teilhabe an der deutschen Gesellschaft passieren. Eine ganzheitliche Bildung erfahren Kinder und Jugendliche in der Gruppenarbeit, den Lagern und den Aktionen der

Ringverbände. Zur Integration von (jungen) Menschen mit Migrationshintergrund können daher alle Verbände in ihrer Arbeit einen Beitrag leisten.

Allerdings verläuft dieser Integrationsprozess in der Gesellschaft wie auch in den Ringverbänden nicht ohne Hindernisse. Diese sind zum Teil struktureller Natur, zum Teil liegen sie in der Integrationsbereitschaft der beteiligten Personen. Struktureller Natur auf einer gesellschaftlichen Ebene sind beispielsweise Gesetze, die einen dauerhaften Aufenthalt und damit eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle für Jugendliche oder Eltern verhindern. Auf der verbandlichen Ebene sind es vor allem konfessionelle Hindernisse, die bei den drei christlich geprägten Verbänden (evangelisch = VCP; katholisch = DPSG & PSG) eine Integration z. B. moslemischer Jugendlicher erschweren. Umso mehr haben wir ein hohes Interesse an einem Dialog auf Augenhöhe und begrüßen den Aufbau von Migrantenjugendselbstorganisationen.

Gegen einen Mangel an Integrationsbereitschaft engagieren sich alle Pfadfinder\*innen im Sinne der interkulturellen Öffnung in ihren Gruppen vor Ort und politisch auf Leitungsebene.

Hier fordern sie insbesondere mehr Rechte für die in Deutschland geborenen Kinder – unabhängig von der Herkunft oder des Aufenthaltsstatus der Familien – wie Schulpflicht und doppelte Staatsangehörigkeit. Alle jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland leben, sollen die Möglichkeit haben, unsere Gesellschaft mit zu gestalten. Dazu zählen unter anderem die Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen (Hoch-)Schulabschlüsse ebenso wie die Möglichkeit, an Wahlen teilzunehmen.

Getreu unserem Versprechen „Ich will dem Frieden dienen und mich für die Gemeinschaft einsetzen, in der ich lebe.“ engagieren sich viele Pfadfinder\*innen auf verschiedenen Ebenen für den internationalen Frieden. Fremden Menschen offen zu begegnen ist für uns nichts Ungewöhnliches oder Neues, es liegt in unserem Selbstverständnis. Vor der eigenen Haustür damit anzufangen, ist seit der Flüchtlingswelle 2015 wichtiger denn je.

Bei den Pfadfinder\*innen ist jeder Mensch willkommen. Vor allem auch junge Menschen mit Migrationshintergrund und solche, die sich auf der Flucht vor unter anderem Krieg, Verfolgung, Unterdrückung, Naturkatastrophen oder wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit befinden, begrüßen wir in unseren Gruppenstunden, auf unseren Lagern und Fahrten und auf allen sonstigen Aktionen. Ausdrücklich möchten wir Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht nur willkommen heißen, sondern auf sie zugehen, um Begegnungen auf Augenhöhe zu ermöglichen und voneinander zu lernen. Dafür gibt es in den verschiedenen Ringverbänden unterschiedliche Angebote und Strukturen. So sind Arbeitskreise initiiert, Arbeitshilfen mit stufenspezifischen Ideen für Gruppenstunden geschrieben worden. In einigen Stämmen gibt es Patenschaften und auch Stipendien für Geflüchtete wurden eingerichtet, um ihnen die Teilnahme an Großzeltlagern zu ermöglichen. Auf Veranstaltungen wird über das Thema Flucht informiert.

#### **2.3.4 Menschen mit Behinderung**

Nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland im Jahr 2009 ergibt sich der Rechtsanspruch aller Menschen auf selbstbestimmten Zugang zu materiellen, sozialen, kulturellen und politischen Prozessen der Gesellschaft. Wurden Menschen mit Behinderung früher als defizitär betrachtet, steht nun der Mensch, das Subjekt, im Mittelpunkt, an dem sich das politische und gesellschaftliche Handeln orientieren muss.

Schon der Gründer der weltweiten Pfadfinder\*innenbewegung orientierte sich mit seinem Grundsatz „Look at the child“ an den Bedürfnissen, Denk- und Handlungsweisen jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen im Alltag (Subjektorientierung). Die Ringverbände folgen somit in ihren Grundzügen und ihrem Handeln einer Herangehensweise, die der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht wird.

In vielen Gruppen vor Ort können Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderung(en) selbstverständlicher Teil der Gruppe sein und sich im Gruppenalltag ausprobieren.

Darüber hinaus gilt es für die Ringverbände, an den entscheidenden Stellen für einen besseren Zugang von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Behinderung(en) zu Schule, Ausbildung und Beruf einzutreten. Pfadfinder\*innen engagieren sich dafür, dass Menschen mit Behinderung(en) ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft sind und diese aktiv mitgestalten.

Sie haben das Recht, ihr Leben individuell nach ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten gestalten zu können und damit z.B. auch auf die eigenständige Wahl zwischen inkludierender Regelschule oder spezialisierter Förderschule.

Erste Schritte gehen in die richtige Richtung, wie beispielsweise das „Persönliche Budget“. Das „Persönliche Budget“ ist eine Leistungsform, durch die Menschen mit Behinderung(en) Geldleistungen anstatt Sach- oder Dienstleistungen erhalten und so selbst entscheiden können, wofür sie dieses Geld ausgeben möchten bzw. welche Hilfe für sie am sinnvollsten ist. Im pfadfinderischen Kontext kann das z.B. bedeuten, dass sich ein\*e Pfadfinder\*in mit Unterstützungsbedarf dafür entscheidet, einen Teil des persönlichen Budgets für eine Assistenz im Zeltlager aufzuwenden, um eine Teilnahme sicher zu stellen.

Eine wichtige Forderung ist die nach dem Wahlrecht für alle. Derzeit gibt es einen Wahlrechtsausschluss von Menschen, die sich durch eine Vollbetreuung unterstützen lassen. Lediglich in einigen Bundesländern dürfen Menschen mit einer Vollbetreuung wählen. Dieses Thema wird von der momentanen Bundesregierung bearbeitet und findet Platz im Koalitionsvertrag. Die Ringverbände würden es unterstützen, wenn der Wahlrechtsausschluss bundesweit abgeschafft werden würde.

Damit echte Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderungen in ihrer Lebensgestaltung zum Tragen kommt, müssen jedoch weitere Möglichkeiten der Teilhabe an Prozessen geschaffen und verbessert werden. Die Ringverbände setzen sich für die Abschaffung von strukturellen Hürden ein und vertreten dies auch nach außen.

### 2.3.5 Geschlechtergerechtigkeit

Unsere pfadfinderische Pädagogik hat zur Grundlage, dass alle Menschen als gleichwertig und gleichberechtigt anzusehen sind. Jeder Mensch ist schöpferisch, frei und hat das Recht auf Entwicklung und Entfaltung. Gleichzeitig trägt er die Verantwortung seine Fähigkeiten, egal welcher Art, in der Gemeinschaft engagiert und kritisch einzubringen.

Das Gruppen- und Verbandsleben findet nicht losgelöst von gesellschaftlichen und strukturellen Lebenssituationen unserer Mitglieder statt. Wir sehen, dass Mädchen und Jungen, Frauen und Männer, Menschen verschiedener Geschlechts- und Genderzugehörigkeiten trotz vieler Fortschritte in der Gesellschaft noch immer nicht gleichgestellt sind und Diskriminierungen erfahren.

Jungen haben oft nur Frauen als Sozialisationsinstanzen im Kindergarten, in der Grundschule oder der weiterführenden Schule. Mädchen werden häufig mehr Fähigkeiten im sozialen und sprachlichen Bereich zugeschrieben als in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern. Jungen geraten in unserem Bildungssystem ins Hintertreffen, wo hingegen Mädchen als Bildungsgewinnerinnen gelten. Dennoch werden Frauen im Beruf für die gleiche Arbeit weiterhin schlechter entlohnt und sind trotz hoher Qualifikationen nicht in ausgeglichenem Maß vertreten in den Führungsebenen von Politik und Wirtschaft. Männer erfahren Diskriminierungen, wenn sie sich für Eltern- und/oder familienbedingte Teilzeit entscheiden.

Für uns folgern wir daraus, dass eine Überprüfung der gesellschaftlichen Strukturen dringend notwendig ist. Wie passen die Strukturen zu den Lebenskonzepten von Mädchen und Frauen, Jungen und Männern? Die individuelle persönliche Stärkung unserer Mitglieder ist ein wichtiger Ansatz unserer Pädagogik, damit sie ihren eigenen Lebensweg frei gestalten und verfolgen sowie die Gesellschaft verantwortlich mitgestalten können.

Unter dem Stichwort „Look at the child!“ werden die spezifischen Bedürfnisse von jungen Menschen in unseren Verbänden in den Blick genommen. Wir nehmen die Unterschiede wie Geschlecht, Alter, Ethnie, Religion, Lebensstil, soziale Schicht u.a. als positive Bereicherung für unsere Arbeit wahr.

Dabei ist die Ausrichtung unserer Verbände unterschiedlich. So stehen reflektierte koedukative Konzepte gleichberechtigt neben Konzepten parteilicher Mädchenarbeit und Jungenarbeit. Eine aktive Arbeit hin zu einer echten Gleichstellung von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern ist in der pädagogischen und politischen Arbeit der Ringeverbände grundsätzlich verankert.

In den verschiedenen (Leitungs-) Ebenen werden die Unterschiede und Bedürfnisse gezielt beachtet, versucht strukturell angelegte Hemmschwellen oder Hindernisse zu erkennen und aufzulösen. Wir fordern in der Gesellschaft Strukturen in denen sich jeder Mensch, egal welchem Geschlecht zugehörig, seine Lebenskonzepte selbstbestimmt und frei entfalten kann. Dies bedeutet unter anderem Geschlechtersensibilität im Bildungs- und Ausbildungssystem, umgesetzte Transparenz bei der Entlohnung, die strukturelle Förderung von Männern und Frauen in (Arbeits-) Bereichen, in denen sie bisher unterrepräsentiert sind und eine stärkere gesellschaftliche und politische Anerkennung für Familien- und Pflegearbeit durch beide Geschlechter.

Ein geschlechtergerechter Zugang zu Ausbildung und Einkommen und eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie, Ehrenamt und Beruf sind nötig. Neben den bestehenden pädagogischen und politischen Konzepten im Bereich der Geschlechterfragen ist der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit ein Auftrag und gleichzeitig eine Chance in allen Ringeverbänden.

### **2.3.6 Demographischer Wandel – Kindermitbestimmung & Jugendpartizipation**

Der allgemeine Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschland, der regional durch die Abwanderung junger Familien und Erwachsener noch verschärft wird, stellt eine besondere Herausforderung für die Arbeit der Ringeverbände dar. Dies ist bedingt durch die immer kleiner werdende Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen, die wir mit unserer Arbeit erreichen können. Gerade in kleinen Gemeinden und ländlichen Regionen wird es zunehmend schwieriger, Jugendverbandsstrukturen aufzubauen oder zu erhalten. Für die Ringeverbände bedeutet der demographische Wandel verstärkte Anstrengungen, jungen Menschen und Familien, insbesondere in ländlichen Regionen, auch weiterhin ein attraktives Angebot machen zu können, das sich nicht nur auf Mittel- und Oberzentren konzentriert.

## Junge Bundesländer

In den jungen Bundesländern stellen eine historisch begründete Skepsis der Bevölkerung gegenüber Jugendorganisationen sowie schwach ausgeprägte kirchliche Strukturen ein weiteres Hindernis für diese Aufgabe dar (Schneider 1995: 284). Die Kinder- und Jugendverbandsarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) bestand aus lediglich einer Organisation, der Freien Deutschen Jugend (FDJ), die als Jugendverband der Partei „praktisch eine Unterabteilung der Staatspartei“ mit Alleinvertretungsanspruch war (Brenner 1990: 385).

Nach dem Zusammenbruch der DDR ließen sich in Folge der FDJ-Pressionen Verbandsstrukturen nur schwer aufbauen (ebd.). Nach einer Phase der erzwungenen Aktivität in einem Jugendverband waren und sind insbesondere im Hinblick auf die Verwendung einheitlicher Trachten und Kluften oder Zeichen Vorbehalte ehemaliger DDR-Jugendlicher noch immer präsent (DPSG 1990:1). Somit ist zu beachten, dass Jugendverbandsarbeit geprägt von jungen Menschen mit sehr unterschiedlichen familiären Biografien in der DDR und der damaligen BRD ist und damit durch die unterschiedlichen Erfahrungen in den neuen und den alten Bundesländern.

## Kindermitbestimmung und Jugendpartizipation

Demographischer Wandel bedeutet auch, dass der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung stetig schrumpfen wird. Insofern gilt es zukünftig in der jugendpolitischen Vertretung auf allen föderalen Ebenen verstärkt darüber zu wachen, dass im Sinne einer generationengerechten Politik die Interessen junger Menschen gewahrt bleiben und nicht einseitig den politischen Anliegen einer wachsenden Gruppe älterer Menschen weichen müssen. Entscheidungen, die heute getroffen werden und oft irreversibel sind, betreffen nicht selten die junge Generation direkt. Mit ihren Auswirkungen müssen junge Menschen lange Zeit leben.

Partizipation, also Teilhabe und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, ist zu einem Querschnittsthema für verschiedenste gesellschaftliche Bereiche geworden. Aber längst nicht in allen das Leben von Kindern und Jugendlichen betreffenden Bereichen wird ihnen tatsächliche Partizipation ermöglicht. Insbesondere in der Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene wurde in den letzten Jahren auf unterschiedlichste Weise diese Partizipation angestrebt, aber im Verständnis der Ringeverbände nicht oft erreicht. Hier sind große Unterschiede zwischen den Kommunen und den Ländern untereinander sowie im Vergleich mit dem Bund zu verzeichnen.

Die stärkere Beteiligung junger Menschen an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen ist erklärtes Ziel von Politik und Gesellschaft und ein wesentlicher Bestandteil politischer Bildung. Dies ist sowohl in der EU-Jugendstrategie 2010-2018 als auch in der Jugendstrategie 2015-2018 des BMFSFJ verankert. Die rechtliche Grundlage hierfür bildet beispielsweise die Charta der Grundrechte der Europäischen Union §24 Abs. 1,2 sowie das SGB VIII §8 Abs.1ff. Durch Jugendverbände und deren Zusammenschlüsse können Mitbestimmungsrechte ausgeübt und Meinungen vertreten werden. Jedoch ist die „gesetzlich abgesicherte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Bundes- sowie Landesebene kaum vorhanden“ (Kamp, U. 2010: 12). Denn auch dort, wo eine Beteiligung Jugendlicher in Form von Jugendparlamenten bzw. –beiräten etabliert ist, ist deren Einfluss auf politische Entscheidungen „nicht vorhanden, nicht ausgewiesen oder nicht spürbar“ (Roth 2015: 348f).

Junge Menschen haben jedoch großes Interesse daran, ihr Lebensumfeld aktiv mit zu gestalten und wollen sich engagieren. Mehr als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen (57%) würde gerne bei politischen Entscheidungen mitreden (Müthing/Razkowski 2016: 221). Unterschiedliche Studien attestieren hierbei Jugendlichen die kognitiven Voraussetzungen für eine politische Entscheidungsfähigkeit, welche bei für sie verständlichen Problemen „nicht unter dem Niveau von

Erwachsenen liegt“ (Oerter, R. 2016: 73). Die Vernachlässigung jugendlicher Partizipation lasse demnach „wertvolles Potenzial an politischer Innovation“ brachliegen (ebd.).

Das Absenken des Wahlalters ist somit ein geeignetes Instrument, um dieses bislang unzureichend adressierte Potenzial auszuschöpfen, Jugendliche in den politischen Entscheidungsprozess einzubeziehen und ihre Partizipationsfähigkeiten zu stärken.

Quellen:

- Brenner, G. (1990): Gesamtdeutsche Jugendverbände? Ein schneller Umbruch mit großen Problemen. In: deutsche jugend, 38. Jg: 383-394.
- Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg: Mitteilungen der Bundesleitung, Neuss 1990.
- Kamp, U. (2010): Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Ein Vergleich der gesetzlichen Bestimmungen in den Bundesländern. 2. Auflage. Deutsches Kinderhilfswerk e. V. (Hrsg.). Berlin.
- Roth, R. (2015): Impulse zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln. Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen. Gütersloh.
- Müthing, K. & J. Razakowski (2016): LBS-Kinderbarometer Deutschland 2016. Stimmungen, Trends und Meinungen von Kindern aus Deutschland. Institut für Sozialforschung der PROSOZ Herten GmbH (Hrsg.). Herten.
- Schneider, H. (1995): Politische Partizipation – zwischen Krise und Wandel. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI Jugendsurvey 1. Opladen: 275-336.

### 2.3.7 Nachhaltigkeit in den Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales

Die Übernutzung natürlicher Ressourcen, der Schwund der Artenvielfalt, der Klimawandel und ungleiche Wirtschaftsbeziehungen stehen für ökologische und soziale Missstände, denen die moderne Gesellschaft begegnen muss. Nicht alle Folgen dieser Missstände sind bisher vollkommen absehbar. Deutlich ist jedoch schon heute, dass die Übernutzung der natürlichen Ressourcen u.a. kritische klimatische Folgen nach sich zieht und dadurch einen Verlust von Lebensräumen und Artenvielfalt sowie global erhebliche soziale Missständen bedingt. Das Ausmaß dieser Folgen kann zurzeit jedoch noch und nur durch gemeinsame Anstrengungen begrenzt werden.

Wir sehen, dass wir als deutsche Pfadfinder\*innen in einer privilegierten Position sind und setzen uns dafür ein, einen nachhaltigen Weg für alle Regionen und zukünftige Generationen zu gehen. Wir bemühen uns, auch andere von diesem Weg zu überzeugen und für ihn zu begeistern.

Die Ringverbände orientieren sich frei nach Baden-Powell: „Hinterlasse die Welt etwas besser als du sie vorgefunden hast“. Dadurch gehen Pfadfinder\*innen noch einen Schritt weiter und verpflichten sich, ihre Arbeits- und Wirtschaftsweise ressourcenschonend, ökologisch und fair zu gestalten, Lebensräume zu schützen und zu schaffen. In unserer pädagogischen Arbeit werden diese Prinzipien lebendig, um sie so der nächsten Generation vorzuleben.

Pfadfinden fördert den Erwerb von Kompetenzen zur Mitgestaltung der Globalisierung, indem das Verständnis internationaler ökonomischer, sozialer, ökologischer und politischer Zusammenhänge in den verschiedenen Altersstufen und in unseren internationalen Beziehungen gestärkt wird. Wir erkennen und leben die gemeinsame Verantwortung für die Erde, ihre Lebensräume und Lebewesen und zeigen dadurch wie man gegenüber nachfolgenden Generationen verantwortlich handelt.

In Gruppenstunden, auf Lagern und auf Fahrt lernen Kinder und Jugendliche Handlungsmöglichkeiten kennen, um ihren Alltag bewusst zu gestalten und damit auch ihr Umfeld positiv zu beeinflussen.

Kindern und Jugendlichen jeder Herkunft und in jeder Region der Erde muss eine freie Entfaltung ihres Lebens ermöglicht werden. Daher ist es notwendig, dass sich alle gesellschaftlich Verantwortlichen für die Beseitigung von sozialen Missständen, für eine gute Bildung aller Kinder und Jugendlichen und den Erhalt von natürlichen Ressourcen, einsetzen. Wir begreifen uns als Teil einer globalen Gemeinschaft und engagieren uns in Alltag und in unseren Strukturen und Netzwerken für faire Arbeitsbedingungen und faire Beziehungen zwischen Regionen und Ländern.

### 2.3.8 Formale Bildung

Formale Bildung leistet, neben informeller und non-formaler Bildung, einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Sie stellt ein zentrales Grundrecht von Kindern und Jugendlichen dar und kombiniert verschiedene Kompetenzen.

In der näheren Vergangenheit wurde das föderale formale Bildungssystem in Deutschland gravierenden Veränderungen unterzogen. Die Ganztagschule wurde eingeführt, die Schulzeit wurde verkürzt, in den Lehrplänen der Schwerpunkt auf mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer gelegt und das Studium auf das Bachelor- und Mastersystem umgestellt. Doch anstatt den Schwerpunkt auf eine umfassende Persönlichkeitsentwicklung zu legen, zielt dieses Ausbildungssystem insbesondere darauf, aus Kindern und Jugendlichen gute Arbeitnehmer\*innen, Steuer- und Rentenzahler\*innen zu machen. Die zeitliche Verdichtung, Fragen von Überprüfbarkeit und Messbarkeit von Bildung, die permanenten Prüfungssituationen im Bachelor- und Mastersystem sowie der Verwertbarkeitsgedanke von Bildung haben direkte und indirekte Auswirkungen auf die Lebenswelt und Gestaltungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. So werden beispielsweise auch die zeitlichen Ressourcen für Freizeit, Freundinnen und Freunde, Familie und ehrenamtliches Engagement deutlich eingeschränkt. Diese Auswirkungen bekommen wir in unserer ehrenamtlichen Jugendarbeit dann zu spüren, wenn Kinder keine Zeit mehr haben, um in die Gruppenstunde zu kommen oder immer mehr Leiter\*innen durch ihr Studium so stark gefordert sind, dass keine Zeit für weiteres Engagement im Verband mehr bleibt (DBJR 2012).

#### Föderale Vielfalt

RDP und RdP nehmen den bestehenden Bedarf nach Kooperations- und Austauschmöglichkeiten in den eigenen Untergliederungen ernst. So macht der verengte Korridor der gemeinsamen Sommerferien aller Schüler\*innen bundesweite Maßnahmen der Jugendverbände mit einer Dauer von zehn Tagen unmöglich. Zusätzlich schränken unterschiedliche Lehrpläne die Mobilität von Familien ein.

Als bundesweit aktive Ringverbände brauchen wir jedoch einen gemeinsamen Ferienkorridor aller Bundesländer von mindestens zwei Wochen, um ein gemeinsames, auch überregionales, ehrenamtliches Engagement junger Menschen zu ermöglichen und dabei Vernetzungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet zu schaffen.

#### Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre (G8) & Ganztagschule

Die reine Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von 13 auf 12 Jahre hat sich als Schnellschuss erwiesen. Als Grundlage der Einführung von G8 dienten letztendlich rein wirtschaftliche, jedoch keine pädagogischen Argumente. Jugendliche sollen dem Arbeitsmarkt früher zur Verfügung stehen und damit sicherstellen, dass Deutschland weiterhin wirtschaftlich mit anderen Nationen konkurrieren kann. Eine parallele Überprüfung der Lehrpläne hat dabei jedoch lediglich vereinzelt stattgefunden.



Schüler\*innen sowie Eltern beklagen einen Anstieg der zeitlichen und emotionalen Belastung der Kinder und Jugendlichen (Trautwein et al. 2015). Insgesamt ist der Leistungsdruck gestiegen und setzt früher ein. Dies geht nicht nur mit emotionaler Belastung einher, sondern auch ehrenamtliche Aktivitäten werden bei schulischem Druck eingeschränkt, um den stark gestiegenen Anforderungen gerecht werden zu können (Huebener/Marcus 2015).

Immer lauter wurde und wird daher die Diskussion um die Rückkehr zur neunjährigen Gymnasialzeit mit bereits vereinzelt Wahlmöglichkeiten für Schüler\*innen oder auch dem Rücktritt von den Plänen zur Verkürzung der Gymnasialzeit. Als Jugendverbände begrüßen wir diese Entwicklung.

Mit der Ausweitung der Ganztagschule stehen die Akteure der außerschulischen Jugendbildungsarbeit verstärkt unter Druck. Grundsätzlich ist eine Weiterentwicklung der Institution Schule zu begrüßen, ist sie doch der Ort, an dem Kinder und Jugendliche den Großteil ihrer Zeit verbringen. Allerdings ist Schule nicht für alle Kinder und Jugendlichen auch der Ort, an dem sie sich gerne aufhalten. Im Falle eines Zusammenwachsens von Schule und außerschulischer Jugendbildungsarbeit besteht des Weiteren die Gefahr, dass elementare Merkmale der außerschulischen Jugendbildungsarbeit verloren gehen, welche sich diese durch ihre klare Abgrenzung von Schule und deren zentralen Merkmalen definiert. Sie ist frei von Leistungsdruck und Zwang und findet in der Regel in Räumen jenseits der Schule statt.

Eine weitere Schwierigkeit der Kooperation von Schule und Jugendverband liegt in der traditionellen Arbeitsweise der Jugendverbände begründet. Jugendverbände arbeiten auf der lokalen Ebene rein ehrenamtlich. In den Ringeverbänden ist erkennbar, dass die ehrenamtlichen Leitungskräfte durch ihre Tätigkeiten im Stamm und ihrer Gruppe vor Ort in der Regel bereits mehr als ausgelastet sind. Im Falle einer Kooperation mit Schulen müssen die Rahmenbedingungen diesem Umstand, z. B. durch ein Höchstmaß an Freiheiten für die Arbeit der Aktivitätsleitung, dem Entscheidungsfreiraum der Kinder und Jugendlichen und der vollen Kostenübernahme für alle Aufwendungen der Leitung, gerecht werden. Gesondert müssen auch die Fragen der Aufsichtspflicht und des Anbieters (Schule oder Jugendverband) verbindlich geklärt und geregelt sein.

Es braucht ausreichend zeitliche Freiräume für Kinder und Jugendliche, die es ihnen ermöglichen, freiwillig und in einem selbstbestimmten Umfang an Angeboten der Jugendverbände teilzunehmen, sie anzubieten oder ihre Zeit frei zu gestalten. Dazu gehören auch im Rahmen der Ganztagschule die Erledigung aller schulisch vorgegebenen Aufgaben bis zum Schulschluss spätestens um 16 Uhr und mindestens ein freier Nachmittag, vorzugsweise Freitag, um außerschulischen Aktivitäten nachgehen zu können.

### Ausbildung

Immer mehr Ausbildungsplätze bleiben vor allem in Branchen und Regionen offen, die aus der Sicht junger Menschen unattraktiv sind und regelmäßige Überstunden, niedrige Ausbildungsvergütungen und fehlende Praxisanleitung durch Ausbilder\*innen verbreitet sind. Dieser Druck und zeitliche Inanspruchnahme begrenzen die Freiräume junger Menschen sich in ihrer begrenzten Freizeit mit Freundinnen und Freunden zu treffen oder auch sich ehrenamtlich für die Jugendarbeit zu engagieren. Vor allem ländliche Räume sind dabei von unbesetzten Ausbildungsplätzen betroffen, da dort vermehrt an Infrastruktur fehlt, die für das Leben junger Menschen wichtig ist. Auf der anderen Seite sind gerade in beliebten Branchen auch immer weniger Betriebe bereit auszubilden. Somit ist dieses Zusammenspiel ein wichtiger Grund, weswegen bei jungen Menschen ein Ausbildungsplatz oft notgedrungen mit einem Ortswechsel verbunden ist. Jugendliche und junge Menschen müssen dazu meist unumgänglich ihre Strukturen und Netzwerke verlassen. Die gestiegenen Anforderungen an Flexibilität, Mobilität und Arbeitseinsatz seitens des Ausbildungsmarktes erweisen sich dabei als Hindernis für die Arbeit vor Ort.

Dies stellt für Jugendverbände vielfältige Herausforderungen dar. Zum einen möchten wir die Jugendlichen in ihren existenziellen Fragen begleiten und unterstützen. Zum anderen lähmen der Wegzug und die (aus)bildungsbedingte Überbeanspruchung junger Erwachsener in zunehmendem Maße die Kontinuität der verbandlichen Arbeit vor Ort, welche auf die Übernahme ehrenamtlicher Leitungsfunktionen durch junge Erwachsene angewiesen ist. Somit bedeutet diese Entwicklung nicht nur einen Umbruch bzw. Wegfall der Unterstützungsmöglichkeiten für junge Menschen durch Jugendverbände vor Ort, sondern die sogenannte „Landflucht“ und der Wegzug in Ballungsräume resultieren zudem in zu wenigen jungen Menschen, die Positionen in den Jugendverbänden, insbesondere in ländlichen Regionen, nachbesetzen können.

### Bachelor- Master- System

Die im Zuge des Bologna-Prozesses seit 1999 eingeleiteten Reformen des Deutschen Hochschulwesens zeigen deutliche Auswirkung auf die Arbeit der ehrenamtlich geprägten Jugendverbände und damit auf das Ehrenamt an sich. Die Ringverbände nehmen einen deutlichen Verlust der Anerkennung ehrenamtlichen Engagements durch die Hochschulen wahr, was seinen Ausdruck insbesondere in mangelnden Freistellungsregelungen findet. Verschulte Studienpläne, erhöhter Leistungsdruck und überladene Lehrpläne führen zudem dazu, dass viele Studierende immer weniger Zeit für ihr ehrenamtliches Engagement aufbringen können. Die dennoch bestehende Erwartung an Studierende, sich ehrenamtlich zu engagieren, wird durch diese Entwicklung ad absurdum geführt.

Die Bologna-Reform hat Belastungen und Folgeprobleme erzeugt, während die Chance einer Reform bestehende Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen nicht entsprechend genutzt wurde. Alles zu Lasten der Lehrenden und vor allem der Studierenden.

Die Ringverbände setzen sich daher für Freiräume von Schüler\*innen, Auszubildenden und Studierenden ein.

Geschützte, prüfungsfreie Ferienzeiten für Studierende sowie die langfristige Bekanntgabe von Klausur- und Prüfungsterminen zur Planung ehrenamtlicher Aktivitäten sind notwendig. Zudem muss die Regelstudienzeit – sowie die damit einhergehende Förderdauer nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)- bei nachgewiesenem ehrenamtlichem Engagement in einem Jugendverband verlängert werden können, um so die notwendigen Freiräume zu schaffen. Weiterhin sind bundesweit verbindliche Freistellungsregelungen für Auszubildende, Schüler\*innen sowie Studierende festzulegen.

Quellen:

- Deutscher Bundesjugendring (2012): Jugendverbände machen Bildung. Beschluss der 85. Vollversammlung. Berlin. <https://www.dbjr.de/artikel/jugendverbaende-machen-bildung/> (Abgerufen am 05.09.2018).
- Huebner, M. & Marcus, J. (2015): Auswirkungen der G8-Schulzeitverkürzung: Erhöhte Zahl von Klassenwiederholungen, aber jüngere und nicht weniger Abiturienten. In: DIW Wochenbericht. Berlin.
- Trautwein, U., Hübner, N., Wagner, W. & Kramer, J. (2015): Konsequenzen der G8-Reform – Zusammenfassung zentraler Befunde. Tübingen: Eberhard Karls Universität, Hector-Institut für Empirische Bildungsforschung.

### 2.3.9 Anerkennung und Förderung

Wir sind Werkstätten der Demokratie und übernehmen wichtige Sozialisierungs- und Bildungsaufgaben, welche es im Interesse einer lebendigen und tragfähigen Gesellschaft in ihrer Pluralität und weltanschaulichen Vielfalt zu erhalten, zu sichern und weiter zu entwickeln gilt, jetzt und für zukünftige Generationen.

In den Ringeverbänden wird Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet. Weiterhin werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten. Gesellschaft, Staat, Politik und Verwaltung müssen daher die Leistungen der Ringeverbände unabhängig von ihren Bildungsleistungen anerkennen und die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendgruppen unter Wahrung ihres satzungsgemäßen Eigenlebens fördern (DBJR 2012).

Eine breite gesellschaftliche Anerkennung der Bildungsleistung außerschulischer Jugendarbeit, ein freier Nachmittag in der Woche für Freizeitgestaltung und ehrenamtliches Engagement für alle Schüler\*innen sowie Studierenden, ein unkompliziertes Freistellen von Ehrenamtlichen von ihren betrieblichen Aufgaben zum Zwecke der Jugendarbeit sowie mehr Interesse von Politik und Öffentlichkeit an der non-formalen Bildung sind wichtige Schritte. Darüber hinaus kann Zertifizierung eine weitere Form der Anerkennung darstellen. Für den Bereich der non-formalen Bildung und vor allem für die Ausbildung von Gruppenleitungen ist die Jugendleiter-/in Card (Juleica) eine sinnvolle Form. Hier gilt es einheitliche Standards zu formulieren, sodass bundesweite Maßnahmen möglich sind und die Mobilität der Ehrenamtlichen gewährleistet ist.

Seit Jahren erschwert eine stagnierende Förderung der Jugendverbände allgemein, aber auch in Schwerpunktbereichen, wie dem internationalen Jugendaustausch und der Aus- und Fortbildung Ehrenamtlicher, die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der Jugendverbände, wie er im Kinder- und Jugendhilfegesetz festgeschrieben ist (DBJR 2012).

Die auf den jeweiligen politischen Ebenen Zuständigen versuchen den Jugendverbänden die stagnierende Förderung als Erfolg zu verkaufen. Diese Stagnation bedeutet für die Jugendverbandsarbeit de facto jedoch eine Kürzung der Förderung, denn es wird kein Ausgleich für steigende Löhne und Gehälter oder inflationären Preisanstieg geschaffen. Wir brauchen jedoch eine verlässliche mittelfristige Finanzplanung, die eine Erhöhung der Grundförderung vorsieht. Insgesamt bleibt die Förderung der Jugendhilfe ausbaufähig und angesichts der gesellschaftlichen Situation unzureichend. Obwohl es sich bei der Förderung der Arbeit der Jugendverbände nicht um freiwillige Leistungen, sondern um Pflichtaufgaben der Politik handelt.

Einige der zur Verfügung gestellten Mittel wurden von einer Basisförderung in Projektförderungen umgewandelt. Durch diese wollen Zuschussleistende politischen Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung unserer Arbeit nehmen. Die Arbeit der Ringeverbände benötigt jedoch eine solide Basisfinanzierung, um die beschriebene Kontinuität, die Qualitätssicherung und ihre Verpflichtungen umsetzen zu können. Projektorientierte Förderung greift hier zu kurz! Die versuchte politische Einflussnahme widerspricht zudem unserem Verständnis von Partizipation und Demokratie. Wir werden die Selbstbestimmtheit unserer Mitglieder, Gruppen und Verbände nicht aus förderpolitischen Gründen aufgeben (DBJR 2012).

Wie für alle Jugendverbände und Initiativen ist für die Ringeverbände Planungssicherheit durch langfristige Fördervereinbarungen unter Wahrung der politischen Eigenständigkeit freier Träger eine wichtige Forderung.

#### Quellen:

- Deutscher Bundesjugendring (2012): Jugendverbände machen Bildung. Beschluss der 85. Vollversammlung. Berlin. <https://www.dbjr.de/artikel/jugendverbaende-machen-bildung/> (Abgerufen am 05.09.2018).

### 2.3.10 Digitalisierung

Digitalisierung wird immer mehr zu einem wesentlichen Bestandteil des aktuellen Wertewandels und sozialer Transformationsprozesse in unserer Gesellschaft. Gerade aufgrund des hohen Entwicklungstempos technischer Neuerungen und der Konsequenzen für zentrale gesellschaftliche Bereiche (Arbeitswelt, Bildung, Erziehung, Kommunikation, Alltagsorganisation, Mobilität etc.) sind die Auswirkungen umfassend, betreffen fast alle Facetten der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen und führen somit zu einem umfassenden Strukturwandel, der immer mehr Lebensbereiche erfasst. Kinder und Jugendliche nutzen nicht nur diverse Angebote und Services – sie leben online und werden mit digitalen Medien groß. Die Vermittlung und Stärkung von Medienkompetenz ist eine durchgängige Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe im Kontext des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes.

Für uns Pfadfinder\*innen bedeutet dies, dass wir Medienkompetenz mit all ihren Facetten als durchgängige Aufgabe sehen. Dazu gehört es auch Themen wie digitale Chancengleichheit, Jugendschutz im Netz, medienbezogene Inhalte in der Aus- und Fortbildung von Leiter\*innen, Stärkung digitaler Beteiligungsmöglichkeiten und den bewussten Umgang mit „Always on“ zu thematisieren.

Insbesondere für die Bedeutung von dem Recht auf Freiraum, den wir Kindern und Jugendlichen mit unserer pfadfinderischen Methode und non-formaler Bildung geben wollen, ist es wichtig, dass es eine gesellschaftliche Anerkennung für die Bedeutung von freier und unverplanter Zeit und einem bewussten Umgang mit „Always on“ gibt. Dabei ist die digitale Chancengerechtigkeit eine zentrale Grundvoraussetzung.

Quellen:

- <https://www.jugendhilfeportal.de/fokus/digitalisierung-und-medien/artikel/kinder-und-jugendliche-40-einfluss-der-digitalisierung-auf-junge-menschen/>
- <https://www.bmfsfj.de/blob/111558/4eaae8f22ae4f591b551a2a9df5c5c4d/wertewandel-in-der-jugend-und-anderen-gesellschaftlichen-gruppen-durch-digitalisierung-data.pdf>

### 3. Konsequenzen

Die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements der Verbände und ihrer Mitglieder und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihres Wirkens wurden dargestellt. Wie beschrieben ergibt sich für die Ringverbände aus der gesellschaftlichen Verpflichtung die Aufgabe zur Vertretung ihrer Interessen nach außen. Diese Interessenvertretung lässt sich mit zwei Hauptbereichen beschreiben:

#### Jugendpolitik

Die von den Mitgliedern entwickelten und formulierten kinder- und jugendpolitischen Fragen, Interessen und Forderungen werden durch die Ringverbände mit Nachdruck nach außen vertreten. Dabei sind die Verbände wachsam für gesellschaftliche Entwicklungen und Themen, welche die Interessen ihrer Mitglieder gegenwärtig oder in Zukunft in besonderem Maße betreffen können. Diese möglichen Themen werden jeweils aktualisiert und innerverbandlich zur Diskussion gestellt. Resultierende Positionen werden wiederum nach außen vertreten.

#### Jugendförderpolitik

Die Ringverbände haben die Verantwortung für optimale Rahmenbedingungen zur Ermöglichung der pfadfinderischen Selbsterziehung ihrer Mitglieder. Um diese zu gewährleisten, muss Pfadfinden entsprechend seiner Leistungen in der Gesellschaft Anerkennung und Unterstützung erfahren. Das jugendförderpolitische Wirken der Verbände hat zum Ziel, die Förderbedingungen für das eigene Wirken und die Jugendverbandsarbeit im Allgemeinen auf allen Ebenen zu verbessern. Dies zielt vor allem auf Förderungen durch die öffentliche Hand. RDP und RdP sind ein verlässlicher Partner für die Zusammenarbeit mit den öffentlichen Zuwendungsgebern.

Um diese Ziele zu erreichen, richtet sich die jugendpolitische und jugendförderpolitische Arbeit der Verbände an drei Ebenen:

1. Die Ebene der eigenen Verbände, um die oben beschriebenen notwendigen Wirkungen zu gewährleisten.
2. Die Ebene der jugendpolitischen und jugendförderpolitischen Gremien und Institutionen, um in vollem Umfang hier die eigenen Interessen zu vertreten und Verbündete zu gewinnen.
3. Die Ebene der Politik und Öffentlichkeit, um gesellschaftlich relevante Entscheidungsträger zu erreichen und zu überzeugen.

Auf den beschriebenen Grundlagen entwickeln sie gemeinsame gesellschaftspolitische, jugendpolitische und jugendförderpolitische Positionen.

## 4. Umsetzung

### 4.1 Innerhalb der Verbände

Eine Entwicklung kinder- und jugendpolitischer Positionen kann nur bei funktionierender Partizipation der Kinder und Jugendlichen in den Verbänden funktionieren. Die Ringverbände praktizieren altersgerechte Partizipationsformen und überprüfen und entwickeln sie stets.

Die Leitungs- und Führungskräfte auf allen Ebenen werden für Fragen der Jugendpolitik und der Jugendförderpolitik sensibilisiert und haben Möglichkeiten der Weiterbildung in diesem Bereich.

Die Notwendigkeit einer verbandsübergreifenden Koordination und Zusammenarbeit mit anderen Ringverbänden wird als selbstverständlich angesehen. Hierzu werben die Bundesvorstände/-leitungen auf den verschiedenen Ebenen für die Einrichtung von RDP/RdP-Strukturen auf Länderebene.

In den Leitungszeitschriften der Ringverbände wird zur Information und Bewerbung über die gemeinsamen Arbeitsbereiche und Aktivitäten von RDP und RdP berichtet.

### 4.2 Innerhalb von RDP und RdP

#### Jugendpolitische Kommission

Das Entscheidungsgremium der Ringe für die Entwicklung jugendpolitischer und jugendförderpolitischer Konzepte und Positionen ist die Jugendpolitische Kommission. Die Kommission besteht aus mindestens einem Mitglied der Bundesleitung eines jeden Ringverbandes und trifft sich regelmäßig. Sie analysiert die aktuelle jugendpolitische und jugendförderpolitische Situation, entwickelt eigene Positionen (weiter) und koordiniert die jugendpolitische Außenvertretung der Ringe.

Die Jugendpolitische Kommission hat zum Ziel, sich sowohl in Fragen der Jugendförderpolitik als auch in Fragen der Jugendpolitik offensiv einzubringen. Entsprechend werden von ihr frühzeitig und kompetent eigene Positionen und Verfahrensvorschläge mit den Ringverbänden für die Außenvertretung entwickelt. Die Jugendpolitische Kommission kann für diese Aufgaben Erfahrene und Fachleute aus den Verbänden und von außerhalb der Verbände zu Rate ziehen.

#### Vernetzung Bund-Länder

Die bestehenden RDP- und RdP-Strukturen der Landes- und Bundesebenen arbeiten vernetzt. Gegenseitige Information über aktuelle Entwicklungen, gegenseitige Unterstützung und Erfahrungsaustausch sind Ziel jugendpolitischen Handelns. Die Initiierung der Vernetzung liegt in Verantwortung der Bundesebene, also bei der Jugendpolitischen Kommission.

### 4.3 Innerhalb des DBJR

Die wichtigsten Verbündeten in der Jugendpolitik und Jugendförderpolitik finden RDP und RdP im Deutschen Bundesjugendring (DBJR). Die kontinuierliche Mitarbeit im DBJR ist Voraussetzung zur optimalen Einbindung in die jugendpolitische Diskussion und zur Umsetzung eigener jugendpolitischer Standpunkte.

## Vollversammlung

„Die Vollversammlung ist das oberste Organ des Deutschen Bundesjugendrings. Ihr obliegt die Gesamtplanung der Arbeit.“<sup>1</sup>

In der Vollversammlung (VV) des DBJR sind RDP und RdP mit zwei Delegierten für den RDP und drei Delegierten für den RdP vertreten. Die Vertretung wird in erster Linie durch die Mitglieder der Jugendpolitischen Kommission wahrgenommen. Eigene Standpunkte, Fragestellungen, Interessen und Kompetenzen werden offensiv und initiativ in die VV eingebracht.

## Hauptausschuss

„Der Hauptausschuss beschließt im Rahmen der von der Vollversammlung vorgenommenen Planung über die Tätigkeit des Deutschen Bundesjugendrings. Zwischen den Vollversammlungen nimmt der Hauptausschuss alle Aufgaben des Deutschen Bundesjugendrings wahr, die nicht ausdrücklich der Vollversammlung vorbehalten sind“<sup>1</sup>

RDP und RdP sind im Hauptausschuss (HA) des DBJR mit jeweils einer Delegierten für den RDP bzw. einem Delegierten für den RdP vertreten. Die Vertretung im HA wird kontinuierlich mit beiden Stimmen wahrgenommen. Die Vertretung erfolgt durch Mitglieder der Jugendpolitischen Kommission. Eigene Standpunkte, Fragestellungen, Interessen und Kompetenzen werden offensiv und initiativ in den HA eingebracht.

## KJP-Kommission

Die KJP-Kommission ist ein vom Hauptausschuss des DBJR eingesetztes Gremium, in dem Fragen zur Förderpolitik, die Entscheidungsvorlage zur Vergabe der Fördermittel des Bundes und die Förderrichtlinien des Bundes beraten werden. Eine kontinuierliche Mitgliedschaft eines RDP/RdP-Mitglieds in der KJP-Kommission ist angestrebt.

## Treffen der kleinen und mittleren Verbände

Meist im Vorfeld der Vollversammlung und des Hauptausschusses treffen sich regelmäßig und informell die so genannten kleinen und mittleren Mitgliedsverbände des DBJR. RDP und RdP sind bei diesen Treffen durch ein Mitglied der Jugendpolitischen Kommission vertreten. Die Treffen dienen in der Regel dem ersten Austausch und der gegenseitigen Information bzgl. der im HA oder in der VV anstehenden Themen.

## Vorstand

„Die Vollversammlung wählt einen Vorsitzenden und eine Vorsitzende sowie drei Männer und drei Frauen als stellvertretende Vorsitzende.“<sup>1</sup>

Eine Mitwirkung im Vorstand ergibt sich aus unserem gesellschaftlichen Verständnis. Deshalb streben RDP und RdP an, zu den jeweiligen Wahlen des Vorstandes des DBJR eine Kandidatin oder einen Kandidaten aus den eigenen Reihen aufzustellen.

## Delegationen durch den DBJR

Der DBJR bestimmt regelmäßig Delegierte oder Mitglieder für binationale Jugendräte, Stiftungen und weitere jugendrelevante Institutionen. RDP und RdP prüfen jeweils Bedarf und Möglichkeiten der eigenen Vertretung in diesen Institutionen. Bei Bedarf sucht die Jugendpolitische Kommission nach geeigneten Vertreter\*innen aus den Reihen der Verbände.

Die Themenbereiche unserer Mitarbeit ergeben sich aus den Schwerpunkten unserer Arbeit sowie unseren besonderen Kompetenzen.

Quellen:

- 1: Deutscher Bundesjugendring: Satzung des Deutschen Bundesjugendrings e. V. Berlin 2011

#### 4.4 Durch Kooperationen

Über den DBJR hinaus arbeiten RDP und RdP mit unterschiedlichen Kooperationspartnern zur Umsetzung ihrer jugendpolitischen und jugendförderpolitischen Ziele zusammen. RDP und RdP sind Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ), im Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuarbeit e. V. (IDA), im Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee e. V. (AKLHÜ) und in der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland (NC).

Bestehende und neu entstehende Arbeitsgemeinschaften und Initiativen werden auf ihre Tauglichkeit für die Interessen des RDP und RdP hin überprüft und auf eine mögliche Mitarbeit hin abgewogen. Dies ist Aufgabe der Jugendpolitischen Kommission, die Entscheidung über Beginn oder Ende einer Mitgliedschaft liegt bei den Ringausschüssen.

Die konfessionellen Verbände des RDP und RdP arbeiten mit in der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (aej) bzw. im Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Die Information und der Austausch über die hier entwickelten Positionen und Diskussionen wird bei Bedarf durch die Mitglieder der Jugendpolitischen Kommission aus den jeweiligen Verbänden gewährleistet.

RDP und RdP versuchen darüber hinaus, in für sie relevanten jugendpolitischen Fachgruppen, Fachausschüssen oder Fachtagungen von Parteien, Parlamenten und anderen Institutionen, Gehör zu finden und sich ggf. als Dialogpartner einzubringen. Die Koordination dieser Bemühungen liegt bei der Jugendpolitischen Kommission.

#### 4.5 In Politik und Öffentlichkeit

RDP und RdP sind bestrebt, ein Netzwerk nutzbarer Kontakte aufzubauen, um ihre jugendpolitischen Interessen und Ziele auch jenseits von Institutionen und Gremien an gesellschaftliche Entscheidungsträger zu vermitteln. Die Priorität liegt dabei auf Personen aus Politik, Medien, Stiftungen, Wirtschaft und Bildungsinstitutionen. Das Knüpfen dieses Netzwerkes ist bereits eine Verwirklichung der Ziele jugendpolitischen Wirkens, wenn RDP und RdP dadurch von gesellschaftlichen Verantwortungsträger\*innen als kompetente Dialogpartner wahrgenommen und anerkannt werden.

Durch die Teilnahme an „Parlamentarischen Abenden“ von Dritten, wie z. B. DBJR, aej oder BDKJ, wird Pfadfinden für gesellschaftliche Verantwortungsträger\*innen sichtbar. Auf diesem Wege sollen Netzwerke und Bekanntheit gestärkt und ausgebaut werden.



Anlassbezogen organisieren RDP und RdP „Parlamentarische Abende“. Die Jugendpolitische Kommission ist für die Organisation und Durchführung verantwortlich. Erste Zielgruppe sind die Mitglieder der Kinder- und Jugendkommission des Bundestages, Entscheidungsträger des BMFSFJ, die Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie deutsche Abgeordnete des Europaparlaments. Zum Parlamentarischen Abend werden darüber hinaus die bekannten Personen der anderen gesellschaftlichen Bereiche und Vertreter der jugendpolitischen und jugendförderpolitischen Kooperationspartner\*innen eingeladen.

In unregelmäßigen Abständen informieren RDP und RdP über ihre jugendpolitischen Aktivitäten und Initiativen. Hierzu wird als Medium der Newsletter „UPDATE“ genutzt, der in Verantwortung der Geschäftsstelle der Ringe in Berlin erstellt wird. Die Jugendpolitische Kommission und die Öffentlichkeitsreferent\*innen der Verbände stehen dabei unterstützend zur Seite. Der Newsletter richtet sich an interne und externe Partner\*innen sowie Interessierte.

#### Weitere Buchempfehlungen:

- World Scout Bureau: Constitution and By-Laws of the World Organization of the Scout Movement. Geneva, Switzerland, 1983. Reprinted 1990, electronic version 2000, WAGGGS constitutions and Bye-Laws, Article II
- Böhm, Winfried: Wörterbuch der Pädagogik. Stuttgart 1994
- Baden-Powell: Aids to Scoutmastership, London 1919. In: Die Grundlagen der Pfadfinderbewegung. Augsburg 2004
- World Organisation of the Scout Movement: Die Grundlagen der Pfadfinderbewegung. Neuss (Georgsverlag) 1997
- Ordnungen der Ringverbände:
- Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e. V.: Pädagogische Konzeption. Butzbach 2001
- Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg: Ordnung, Satzung, Geschichte des Verbandes. Neuss (Georgsverlag) 2001
- Pfadfinderinnenschaft St. Georg: Unsere Grundlagen: Wir sind Pfadfinderinnen, Wir sind katholisch, Wir sind Mädchen und Frauen. Leverkusen 2002
- Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder: Bundesordnung mit Satzungen, Geschäftsordnungen, Beitragsordnung und Anlagen. Kassel 2003
- Erstfassung: Das Jugendpolitische Konzept: 17.03.2006 beschlossen - Ausschuss der RDP/RdP Verbände
- Neufassung: Das Jugendpolitische Konzept: 15.10.2011 beschlossen - Ausschuss der RDP/RdP Verbände

#### Redaktion:

Jugendpolitische Kommission RDP/RdP  
Geschäftsführung RDP/RdP  
Chausseestr. 128/129  
10115 Berlin  
jugendpolitik@rdp-rdp.de